

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Katrin Fuchs MdB zur Bonner Beteiligung an der Entwicklung eines „Taktischen Raketenabwehrsystems“: Einstieg in die nächste Rüstungsrunde.

Seite 1

Albrecht Müller zur unglaubwürdigen Plakataktion der niedersächsischen CDU: Die Albrecht-Regierung ist nervös geworden.

Seite 3

Hans Gottfried Bernath MdB zur SPD-Forderung nach Fortentwicklung des Bundespersonalvertretungsgesetzes: Die Mitbestimmung ausbauen.

Seite 5

Dokumentation  
Wie sie sich selbst sehen - Eine (unvollständige) Zitatsammlung zur Auseinandersetzung in der Koalition.

Seite 6

41. Jahrgang / 15

22. Januar 1986

### Einstieg in die nächste Rüstungsrunde

Bundesregierung beteiligt sich an der Entwicklung eines „Taktischen Raketenabwehrsystems“

Von Katrin Fuchs MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung hat erstmals durchblicken lassen, über die Entwicklung eines „Taktischen Raketenabwehrsystems“ (ATM) von der amerikanischen Regierung nicht nur informiert worden zu sein, sondern sich in Kürze an diesem Projekt auch beteiligen zu wollen.

In der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 16. Januar 1986 kündigte Staatssekretär Würzbach an, daß die Bundesrepublik „ab Juli dieses Jahres“ in dem entsprechenden „Project Board“ mit einem Offizier vertreten sein werde. Das „Taktische Raketenabwehrprogramm“ wird in den USA seit 1983 verfolgt und soll sowjetische SS 21 - 23 - mit einer ATM-Version der Patriot-Luftabwehrrakete - sowie Marschflugkörper - mit einer ATM-Version der Hawk-Luftabwehrrakete - abfangen. Es ist ein wesentlicher Bestandteil einer „Europäischen Verteidigungsinitiative“, die später auch die Abwehr der atomaren SS 20 einschließen soll. Nach Angaben der amerikanischen Fachzeitschrift „Defense Week“ hat die „Strategic Defense Initiative Organization“ Mitte Dezember 1985 den Auftrag erteilt, „Studien zu einer Systemarchitektur“ zu Abwehr sowjetischer atomarer Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20 auszuarbeiten.

Staatssekretär Würzbach leugnete nur noch hinhaltend, daß Patriot-Luftabwehrraketen mit Raketenabwehrfähigkeit in der Bundesrepublik stationiert werden sollen. Er sprach von der „Pflicht“, „unsere Bevölkerung auch gegenüber taktischen Raketen der Sowjetunion zu schützen“. Möglicherweise könne dies „gegen Ende dieses Jahrzehnts in die Praxis umgesetzt“ werden. Würzbach betonte ausdrücklich, es bleibe bei der Patriot bei

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Formalzügiger Umweltschutz  
mit wertvollem Recycling-Papier



einem „flächendeckenden Schutz des gesamten Raumes der Bundesrepublik“ und stellte strikt in Abrede, daß die umgerüsteten Patriot zum Objektschutz von Pershing II und Marschflugkörpern bestimmt seien.

Auf Äußerungen des ehemaligen US-Staatssekretärs James Wade und von US-General Merryman, die beide in Hearings des amerikanischen Kongresses eben diesen Objektschutz für Pershing II und Cruise Missiles als Zweck des ATM-Konzepts dargestellt hatten, wollte der Staatssekretär nicht eingehen. Diese Äußerungen seien ihm nicht bekannt.

Damit hat sich bestätigt, was zu befürchten war: Die Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern zieht mit zwangsläufiger militärischer Logik die nächste Stationierung nach sich, Raketenabwehrwaffen. Statt im Geist von Genf nach Abrüstungslösungen zu suchen, steigt die Bundesregierung ein in die nächste Runde des atomaren Wettrüstens.

Weil die Bundesregierung Angst hat vor der Bevölkerung und der Friedensbewegung, wagt sie es nicht, ihr Handeln und ihre Absichten offen einzugestehen, sondern arbeitet heimlich und hinter dem Rücken der Bevölkerung an der Entwicklung einer „europäischen Verteidigungsinitiative“, die neben dem SDI-Rahmenabkommen die zweite Stütze einer bundesdeutschen Entscheidung für SDI bilden soll.

Ohne sich öffentlicher und parlamentarischer Diskussion zu stellen, ist die Bundesregierung dabei, eine zweite Fehlentscheidung historischer Dimension einzuleiten, die die Raketenstationierung auf Dauer zementieren würde. Dies könnte der Ausgangspunkt werden für ein neues Wettrüsten in Europa, diesmal aber zugleich mit offensiven und mit defensiven Waffen.

Diese Haltung der Bundesregierung ist umso zynischer, als soeben die sowjetische Seite neue und weitreichende Vorschläge zur atomaren Abrüstung vorgelegt hat; weitere Stationierungen von Raketen (Cruise Missiles) und ein bundesdeutscher Einstieg in EVI/SDI verbauen aber die Chancen, die darin enthalten sind. Es kommt jetzt darauf an, die ewige Kette atomarer Aufrüstung zu durchbrechen, einen Stationierungsstopp durchzusetzen und dies zum Ausgangspunkt des Abbaus aller Atomwaffen in Europa zu machen.

(-/22.1.1986/rs/ks)

+ + +

Eine unglaubliche Plakataktion der CDU

Die Albrecht-Regierung in Niedersachsen ist nervös geworden

Von Albrecht Müller

In Niedersachsen hat sich etwas ereignet, das den Ausgang der Landtagswahl wesentlich beeinflußt.

Die CDU begann zu Neujahr mit einer Plakatserie auf Großflächen. Diese Aktion widersprach dem formulierten Wahlkampfabkommen, das damit hinfällig wurde, ist in einem so großen Abstand vom Wahltermin ausgesprochen unüblich und belegt die Nervosität, die bei der CDU eingezeichnet ist.

Das ist beachtenswert, entscheidend, weit schwerwiegender ist jedoch der durchlaufende Text aller geplanten Plakatmotive: „Es geht uns gut. So soll es weitergehen.“

Kenner fühlen sich dabei an den Fehler der gleichen Werbeagentur in Nordrhein-Westfalen erinnert. „Aufschwung nur mit uns“, hieß es damals, die SPD konterte vorweg und hinterher: „Aufschwung für alle.“

Ähnlich kann jetzt die SPD in Niedersachsen darauf hinweisen, daß es nach ihrer Meinung den Menschen erst gut geht, wenn es allen gut geht. Damit ist die politische Interessenvertretung ähnlich wie vor einem Jahr in Nordrhein-Westfalen auch in Niedersachsen klar. Die CDU erweist sich in Niedersachsen durch ihre eigenen Slogans noch mehr als Vertreterin jener, weniger Menschen auf der Sonnenseite des Lebens, die das Gefühl für andere und ihre Nöte verloren haben.

In Niedersachsen waren im Dezember 348.000 Menschen arbeitslos, mehr als je zuvor seit der Währungsreform. 400.000 nehmen Sozialhilfe in Anspruch. Mindestens jeder 7. erwachsene Niedersachse lebt also in einer gewissen Not, mit Familien, Verwandten und Bekannten gerechnet, erfahren also sehr viel mehr Niedersachsen täglich, daß die Parole der CDU unehrlich ist. Auch die, denen es gut geht, haben sich in der heutigen Zeit einen Blick dafür bewahrt, wie es um andere Menschen steht.



Darauf setzt die niedersächsische SPD. Es gibt in Niedersachsen wie im Bund eine Mehrheit von Menschen, die der Hilfe bedürfen und von anderen, denen es gut geht, die aber bereit sind zu teilen. Dies ist die soziale Koalition, die wir anstreben. Wir halten sie für mehrheitsfähig, weil wir den Menschen etwas zutrauen und sie nicht alle für Egoisten halten.

Die Plakataktion der CDU rührt an ihre Glaubwürdigkeit. So könnte es geschehen sein, daß die CDU mit ihrer ersten Aktion zugleich die vorgesehenen Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Regierung Albrecht in ihrer Wirkung zunichte macht.

Die Glaubwürdigkeit von CDU und ihres Ministerpräsidenten in Niedersachsen wird weiter dadurch beschädigt, daß die in den letzten drei Monaten angelegte Kampagne, Niedersachsen sei ein Aufsteigerland, schon wegen der erhöhten Arbeitslosenziffern zusammenbricht. Die Kampagne war eh nur gestützt durch statistische Veränderungen, die durch besondere ABM-Maßnahmen in Niedersachsen bedingt waren.

Der Fehlgriff in der Plakatwerbung könnte übrigens etwas mit der Vertrauensseligkeit zu tun haben, die CDU-Politiker offenbar jeglichen Werbeagenturen gegenüber haben. Die Formulierung „Es geht uns gut“ ist wie gesagt der gleichen Agentur unterlaufen, wie jener Fehler in Nordrhein-Westfalen: von Mahnstein-Solingen. Offenbar ist diese Agentur mehr selbstgefällig als politisch sensibel. Und außerdem fällt es den Solingern wohl schwer zu begreifen, daß in der politischen Werbung anders als in der kommerziellen Werbung, die Parolen eines Absenders nicht unkommentiert durch den Konkurrenten stehen bleiben.

Außerdem müssen politische Werber immer damit rechnen, daß sich die Publizistik mit einzelnen Parolen beschäftigt. Bei der Werbung für Coca Cola oder Pepsi Cola ist damit nicht zu rechnen.

(-/22.1.1986/rs/ks)

+ + +



### Die Mitbestimmung ausbauen

Die Sozialdemokraten streben die Fortentwicklung des Bundespersonalvertretungsgesetzes an

Von Hans Gottfried Bernrath MdB  
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Das geltende Bundespersonalvertretungsgesetz hat gegenüber den vorher bestehenden gesetzlichen Grundlagen von 1955 erhebliche Verbesserungen gebracht. Die Mitbestimmung nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz muß nunmehr den heutigen Erfordernissen entsprechend fortentwickelt werden.

Der von der SPD-Bundestagsfraktion jetzt eingebrachte Entwurf eines „Gesetzes zum Ausbau und zur Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung im öffentlichen Dienst“ sieht insbesondere vor, daß die Personalräte bei der Einführung, Anwendung, Änderung oder Erweiterung technischer Einrichtungen und Verfahren mitbestimmen können. Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 23. Juli 1985 bereits den Entwurf eines „Gesetzes zum Ausbau und zur Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung“ (Drucksache 10/3666) im Bundestag eingebracht, mit dem eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes erreicht werden soll. Mit dem jetzt eingebrachten Gesetzentwurf werden - unter Beachtung der Besonderheiten des öffentlichen Dienstes - entsprechende Regelungen im Bundespersonalvertretungsgesetz angestrebt.

Darüber hinaus zieht der Gesetzentwurf Folgerungen aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Oktober 1984 - 2 BvL 20/82 und 21/82 - zur Verfassungsmäßigkeit von Unterschriftenquoten bei Personalratswahlen.

Dieser Gesetzentwurf trägt Grundpositionen der SPD Rechnung: Wir Sozialdemokraten vertreten die Auffassung, daß Demokratie nicht lediglich ein Organisationsprinzip des Staates ist, das auf die Gesellschaft nicht anwendbar sei. Demokratie ist vielmehr eine Lebensform, die die Eigenverantwortung des einzelnen und sein Recht auf persönliche Entfaltung in den Mittelpunkt auch aller menschlichen Beziehungen stellt. Das Berufsleben darf nicht außerhalb dieses Grundsatzes bleiben.

Demokratie ist keine starre Form; sie muß vielmehr ein sich ständig entwickelnder Prozeß bleiben. Wir Sozialdemokraten wollen daher mehr Demokratie in Gesellschaft und Betrieb, damit in unserem Staat die Demokratie verankert bleibt und lebendiger wird. Wir sind überzeugt, daß in unserer Welt des wachsenden Wandels zunehmend mehr Mitverantwortung und Mitbestimmung erforderlich ist und verwirklicht werden wird.

Im öffentlichen Dienst gilt dabei die Besonderheit, daß die parlamentarische Verantwortung der Regierung durch Mitbestimmung nicht in Frage gestellt werden darf. Wir sind der Auffassung, daß dieser Grundsatz der Mitbestimmung bei Einführung der elektronischen Datenverarbeitung nicht entgegensteht. Denn die elektronische Datenverarbeitung ist ein Mittel, um eine Aufgabe zu erledigen, nicht aber die Aufgabe selbst. Die Art und Weise der Erledigung der zugewiesenen Aufgaben ist die Domäne der Mitbestimmung. Dort erweist es sich, ob der (arbeitende) Mensch nur Objekt oder auch Subjekt sein soll. Es ist daher nur konsequent, wenn die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in die Mitbestimmung einbezogen wird. (-/22.1.1986/rs/ks)

+ + +

DOKUMENTATION

Wie sie sich selbst sehen

Eine (unvollständige) Zitatensammlung zur Auseinandersetzung in der Koalition

„Mit seiner Ablehnung der FDP-Vorstellungen hat sich der CSU-Vorsitzende Strauß auf die Ebene seiner Hoffunde begeben.“

Helmut Hausmann am 28. April 1985 über Strauß.

„Cliquenpartei, Klientelpartei, Fünf-Prozent-Partei-FDP.“

Heiner Geißler am 29. April 1985 über die FDP.

„Die Kohlmanschafft kennt das politische Geschäft noch nicht; Laienspielschar, Dilettanten.“

Hans-Dietrich Genscher am 10. November 1985 laut „Bild am Sonntag“.

„Spätkapitalismus, staatliche Hybris, Kurpfuscher, Subventionsprotzer, wirtschaftspolitische Eisenbärte.“

Graf Lambsdorff am 30. November 1985 über Späth und Strauß.

„Spinner, was er gesagt hat, grenze an Schwachsinn, er solle sich lieber um seinen Prozeß kümmern, es gäbe in der Geschichte der Bundesrepublik keinen so erfolglosen Bundeswirtschaftsminister wie den Grafen, nur ein Kleingeist und Gernegroß könne diese Politik als wirtschaftliche Kleinstateerei verächtlich machen.“

Strauß im Dezember 1985 über Graf Lambsdorff.

„Was Lambsdorff macht, ist absolut kontraproduktiv: So als Springteufelchen der Marktwirtschaft alle 14 Tage aus der Kiste hüpfen.“

Heiner Geißler am 9. Dezember 1985 über Graf Lambsdorff.

„Mann von gestern.“

Lothar Späth am 12. Dezember 1985 über Graf Lambsdorff.

„Zwei Großmeister aus Frankensteins Gruselkabinett ... Ich bin dagegen, daß diese beiden unsere Wahlichancen versauen.“

Der baden-württembergische FDP-Vorsitzende Walter Döhring Anfang Januar 1986 über Friedrich Zimmermann und Karl-Friedrich Spranger.

„Mangel an eigener Originalität und mangelndes Profil... Relikt aus vergangener Zeit.“

Theo Waigel am 6. Januar 1986 über Walter Döhring.

„Unerträglich politischer Stil anlässlich von Krisen und Skandalen...tendenzieller Rechtsrutsch in der Koalition der Mitte.“

Hildegard Hamm-Brücher am 6. Januar 1986 über die Bonner Koalition.

„Döhring ist ein Großmaul und größenwahnsinnig geworden.“

Günter Müller am 8. Januar 1986 in der „Bildzeitung“.

„Drittclassiges politisches Kabarett politischer Schlümpfe.“

Theo Waigel am 9. Januar 1986 auf der Klausurtagung in Wildbad Kreuth über die FDP.

„Trojanisches Pferd“.

Helmut Hausmann am 21. Januar 1986 über den der CDU angehörenden stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gustav Fehrenbach.

(-/22.1.1986/rs/ks)

+ + +

